Pressestatement

Zur Entscheidung der Bundesregierung, trotz Verstaatlichung von Deutschlands größtem Gasimporteur Uniper an der Einführung einer Gasumlage festzuhalten, erklärt der Präsident des Sächsischen Handwerkstages, Jörg Dittrich:

22. September 2022

"Dass die Bundesregierung nunmehr entschlossen ist, den Energiekonzern Uniper zu verstaatlichen, um Deutschlands größten Gasimporteur vor einem Kollaps mit fatalen Folgeschäden für die gesamte Wirtschaft zu bewahren, ist nachvollziehbar.

Nicht nachvollziehbar ist für uns im sächsischen Handwerk, dass unter diesen Bedingungen daran festgehalten werden soll, zum 1. Oktober dieses Jahres bundesweit eine Gasumlage einzuführen. **Dies lehnen wir ab.** Selbst für führende Ökonomen in unserem Land ist die Notwendigkeit einer derartigen Abgabe nicht mehr gegeben, zumal Staatskonzerne damit nun auch noch über eine Umlage und damit gleich doppelt finanziert würden. Ein Unding!

Für uns steht der Staat in Zeiten einer sich anbahnenden Rezession in der Pflicht, sowohl von Unternehmen als auch von privaten Haushalten Schaden abzuwenden. Nach wie vor stellen weitere Be- statt Entlastungen für viele Kleinst- und Kleinunternehmern aus Handwerk und Mittelstand eine Existenzbedrohung dar – nicht zuletzt auch deshalb, weil das von der Bundesregierung aufgelegte Programm zur Energiekostendämpfung den übermächtigen Kostendruck auf die Haushalte nur teilweise ausgleicht.

Wir bleiben dabei: Strom und Gas am Standort Deutschland müssen auch künftig bezahlbar bleiben!

Gefragt ist ein durchdachtes Politik-Krisenmanagement mit klaren, verbindlichen Aussagen. Das Hickhack um Ja oder Nein einer Gasumlage, wie von der Politik in den vergangenen Tagen praktiziert, schafft da kein Vertrauen!"

Pressekontakt: Frank Wetzel Pressesprecher

Sächsischer Handwerkstag Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Am Lagerplatz 8 01099 Dresden

Telefon: 0351 4640-510
Telefax: 0351 4640-34510
frank.wetzel@
handwerkstag-sachsen.de
www.handwerkstag-sachsen.de